

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der
Kasseler Linke.ASG, Grüne, SPD, FDP und
der Stadtverordneten Yildirim (AUF Kassel)**

Rathaus
34112 Kassel

Kassel, 28.08.2006

Vorlage-Nr. 101.16.236

Abschiebestopp für Menschen mit langjähriger Duldung

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an den Hessischen Innenminister Bouffier, für Menschen, denen voraussichtlich ab November 2006 ein Bleiberecht von der Innenministerkonferenz ausgesprochen wird, einen Abschiebestopp für 6 Monate zu erlassen.

Begründung:

In Hessen leben etwa 10.000 Menschen, die schon seit fünf Jahren oder länger hier sind, und trotzdem lediglich eine Duldung besitzen. Viele von ihnen sind gut integrierte Familien mit Kindern, die oft hier geboren und / oder aufgewachsen sind. Im November wird die Innenministerkonferenz aller Voraussicht nach eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge verabschieden. Auch Hessens Innenminister Bouffier hat sich in der Vergangenheit mehrfach für eine solche Regelung ausgesprochen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, bis zur nächsten Innenministerkonferenz im November von Abschiebungen der betreffenden Personen abzusehen, damit sie auch die Chance erhalten, von einer solchen Regelung erreicht zu werden. Sofern sie nicht arbeiten dürfen, sollen sie die Erlaubnis dazu erhalten, um für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen zu können.

Aus diesem Grund und um humanitäre Härten zu vermeiden appelliert die Stadtverordnetenversammlung von Kassel an den Hessischen Innenminister, einen Abschiebungsstopp für sechs Monate nach § 60a des Aufenthaltsgesetzes für den im hessischen Vorschlag definierten Personenkreis zu erlassen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Aulepp-Wulff

Norbert Domes
Fraktion Kasseler
Linke.ASG

Karin Müller
Fraktion Grüne

Uwe Frankenberger
SPD-Fraktion

Frank Oberbrunner
FDP-Fraktion

Nuray Yildirim
Stadtverordnete AUF
Kassel